

Menschen mit Migrationshintergrund: Öfter arm, öfter arbeitslos, aber seltener wohnungslos?

**Dr. Volker Busch-Geertsema, GISS, Bremen
Input für AG 7 Migration und Wohnungslosigkeit
Bundestagung der BAG Wohnungslosenhilfe
München, 19. November 2009**

Armutsrisiko, Mindestsicherung, Arbeitslosenquote Ein paar exemplarische Daten

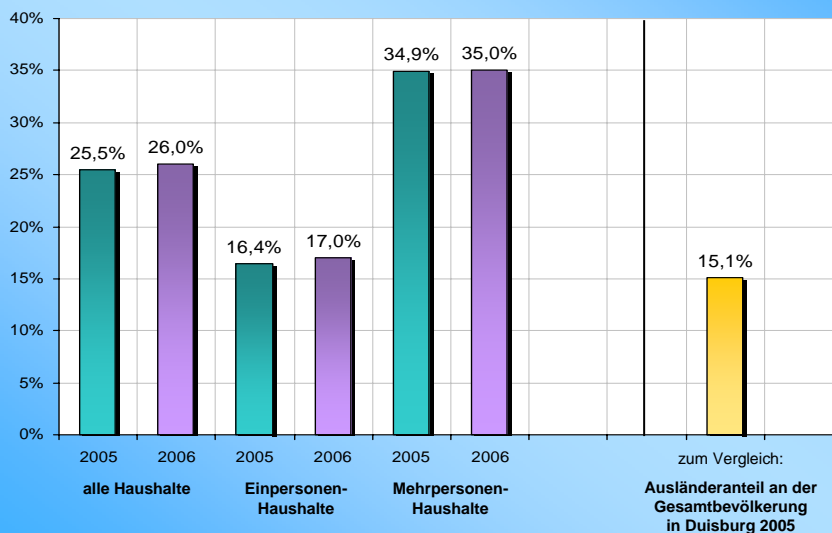
(Integrations-Indikatorenbericht des Bundes 2009)

- Haushalte mit Zuwanderungsgeschichte haben ein mehr als doppelt so hohes Armutsrisiko (2007: 26,8 %) wie die Gesamtbevölkerung (13,2 %).
- Ausländerinnen und Ausländer sind mehr als doppelt so häufig auf Mindestsicherung angewiesen wie die Gesamtbevölkerung (2007: 21,1 % gegenüber 9,5 %).
- In der ausländischen Bevölkerung ist die Arbeitslosenquote doppelt so hoch wie bei der Gesamtbevölkerung (2007: 20,2 % gegenüber 10,1 %).
- Haushalte mit Zuwanderungsgeschichte leben deutlich häufiger in Mietwohnungen (Anteil in selbst genutztem Eigentum 2006: 22,4 % gegenüber 40,7 % in der Gesamtbevölkerung) und zumeist deutlich beengter.

Öfter von Wohnungslosigkeit bedroht, aber seltener wohnungslos?

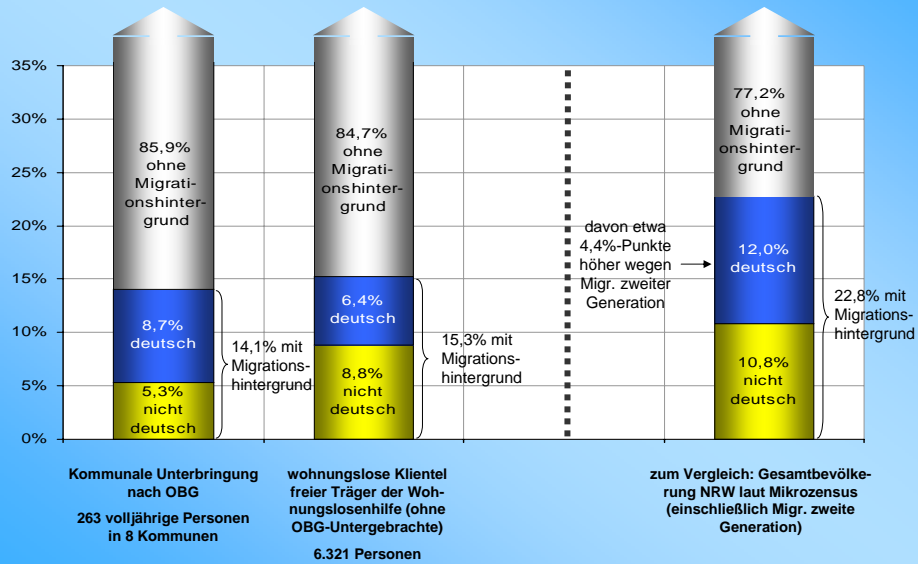
- Materielle Lage (deutlich höheres Armutsrisiko, höhere Arbeitslosigkeit) würde eher dafür sprechen, dass der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund an den von Wohnungslosigkeit Bedrohten und Betroffenen höher ist als der der Personen ohne Migrationshintergrund
- Immer noch selten verlässliche Daten über Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, häufiger Angaben über Staatsbürgerschaft
- Im Folgenden einige Ergebnisse aus NRW (aus einer explorativen Zielgruppenstudie und einer Sondererhebung im Rahmen des Modellprogramms „Wohnungslosigkeit vermeiden – dauerhaftes Wohnen sichern“)

Fachstelle Duisburg 2005/2006 Von Wohnungslosigkeit bedrohte Haushalte Anteil volljähriger Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft in %



Quantität Migrantinnen und Migranten - Eingetretene Wohnungslosigkeit - Testerhebung NRW 2006

Anteil Wohnungsloser mit Migrationshintergrund (nur erste Generation) differenziert
nach Staatsbürgerschaft am 30.06.2007



Öfter von Wohnungslosigkeit bedroht, aber seltener wohnungslos?

- Höherer Anteil der von Wohnungslosigkeit bedrohten ausländischen Haushalte ist wie erwartet.
- Besonders hoher Anteil bei Mehrpersonenhaushalten auch dadurch erklärbar, dass Ausländerhaushalte deutlich häufiger in Familienzusammenhängen (mit Kindern) leben und seltener allein stehend sind.
- Unklar, wie häufig ausländische Haushalte bei Präventionsfällen auch in anderen Städten überrepräsentiert sind.
- Geringerer Anteil bei untergebrachten Wohnungslosen wirft Fragen auf.

Heterogenität der Zielgruppe

- Insgesamt extrem heterogene Zielgruppe mit sehr unterschiedlichen Teilpopulationen (unterschiedliche Generationen, Unterschiede bei Aufenthaltsstatus und Staatsangehörigkeit, unterschiedlicher Sprachstand, erhebliche kulturelle Unterschiede, unterschiedliche sozialstaatliche Leistungsansprüche).
- Größte Teilgruppen sind türkischstämmige Personen und solche mit Spätaussiedlerstatus.
- Bedeutsam in der Wohnungslosenhilfe freier Träger sind aber auch Personen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus, die insbesondere in niedrighschwelligen Einrichtungen Unterstützung suchen.

Mögliche Erklärungsansätze: Fragen

- Spielt Haushaltszusammensetzung eine Rolle? In der Regel wird Prävention von Wohnungsverlusten bei Familien mit Kindern erfolgreicher betrieben als bei Alleinstehenden.
- Spielen informelle Hilfen eine größere Rolle? Unterstützung durch Familie und Bekannte, „Mitwohnverhältnisse“.
- Wird formeller staatlicher Hilfe häufiger mit Skepsis begegnet?
- Gibt es Blockaden bei den Hilfeangeboten, die eine Inanspruchnahme von Hilfen behindern?
- Gibt es Ausgrenzungstendenzen von Nutzerinnen und Nutzern gegenüber Menschen mit Zuwanderungsgeschichte?

Mögliche Erklärungsansätze: Antworten aus Experteninterviews

- In der Regel sind die Schranken zur Inanspruchnahme formeller Hilfen höher und staatlichen Hilfeangeboten wird generell eher mit Misstrauen begegnet.
- Fachleute bestätigen höhere Bedeutung informeller Hilfen (durch Verwandte und Bekannte gleicher Herkunft) zur Abwendung drohender Wohnungslosigkeit.
- Trennungen und Ablösung aus dem Familienverband kann in diesem Zusammenhang dann aber auch sehr viel folgenreicher sein, wenn informelle Unterstützungsmöglichkeiten wegfallen.
- Tradiertes Geschlechtsrollenverständnis erschwert Männern die Inanspruchnahme von formellen Hilfen zusätzlich, insbesondere wenn Beratungs- und Betreuungshilfen von Frauen erbracht werden.

Mögliche Erklärungsansätze: Antworten aus Experteninterviews

- Häufig fehlen aber auch ausreichende Kenntnisse über Hilfemöglichkeiten und Sprachprobleme stellen zusätzliche Hürde dar. In vielen Hilfseinrichtungen fehlt es an interkultureller Kompetenz.
- Wenn (Wohnersatz-)Hilfen in Anspruch genommen werden, dann häufig relativ spät (z.B. bei psychischen Problemen und Sucht) und erst wenn alle informellen Hilfemöglichkeiten sich als überlastet erwiesen haben.
- Im Bereich der Hilfen nach §§ 67/68 SGB XII bei Nicht-Deutschen ohnehin Prüfung der Anspruchsberechtigung im Einzelfall (Ausschluss bei Bezug von Leistungen des AsylbLG). Bei Aussiedlerinnen und Aussiedlern keine formalen Hürden, nehmen aber dennoch diese Hilfen nur ausgesprochen selten in Anspruch.

Mögliche Erklärungsansätze: Antworten aus Experteninterviews

- Besondere Problematik von Zuwanderergruppen, die keinen Anspruch auf Sozialleistungen haben (geduldete Flüchtlinge, aus Osteuropa Zugewanderte, Personen ohne legalen Aufenthaltsstatus)
- Migrant(inn)en ohne gültigen Aufenthaltsstatus nutzen vor allem niedrigschwellige Angebote der Wohnungslosenhilfe (insb. auch gesundheitliche Hilfen, da häufig kein Krankenversicherungsschutz, aber auch Bekleidung, Verpflegung und ggf. Kurzzeitübernachtung). Ansonsten sind sie besonders daran interessiert, möglichst unauffällig zu leben und dem Risiko einer Abschiebung zu entgehen (mit dem gesteigerten Risiko, prekäre Arbeits- und Unterbringungsformen akzeptieren zu müssen).

Mögliche Erklärungsansätze: Antworten aus Experteninterviews

- Kompetenzen bei Alltagsbewältigung und im hauswirtschaftlichen Bereich häufig höher als bei Haushalten ohne Zuwanderungsgeschichte, ausgeprägtere Probleme bei der Wohnungs- und Arbeitssuche und im Umgang mit Ämtern und häufig komplizierten Rechtsfragen des Aufenthaltsrechts, der Leistungsansprüche und Zuständigkeiten.
- Informelle soziale Netze sind häufig tragfähiger. Bei einem Teil der Zielgruppe kulturell bedingt andere Einstellung zu Alkohol (als Kulturdroge) und zu Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung (Differenzierung notwendig), aber auch z.B. toleranterer Umgang mit psychischen Erkrankungen.

Mögliche Erklärungsansätze: Antworten aus Experteninterviews

- Mangel an interkultureller Kompetenz in vielen Bereichen: Besonders hervorgehoben wird der Bereich der gesundheitlichen Hilfen, insbesondere auch bei psychischen Problemen (die relativ häufig bei Migrantinnen und Migranten konstatiert werden, die im Hilfesystem für Wohnungslose „landen“, weil informelle Netzwerke überfordert waren; hingewiesen wird aber auch auf traumatische Erlebnisse insbesondere bei Flüchtlingen).
- Wohnungslosenhilfe kooperiert punktuell mit Migrationsdiensten und vice versa (ausbaufähig), hat aber noch vergleichsweise wenig Personal mit Zuwanderungsgeschichte.

Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen

- Weiterer Forschungsbedarf, auch um Differenziertheit der Bevölkerung mit Zuwanderungsgeschichte gerecht zu werden und positive Ansätze der interkulturellen Öffnung zu evaluieren.
- Aufklärung über Hilfsmöglichkeiten z.B. bei Mietschulden etc. in gängigen Sprachen. Fremdsprachiges Infomaterial über Fragen des Aufenthaltsrechts, Leistungsansprüche und Hilfeangebote
- Dolmetscherpools, die auch der Wohnungsnotfallhilfe offen stehen.
- Berücksichtigung kulturspezifischer Bedarfe bei der Erbringung von Hilfen (z.B. geschlechtsgleiche Hilfskräfte bei persönlichen Hilfen).

Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen

- Kooperation mit Migrationsdiensten verstärken
- Stärkung interkultureller Kompetenzen insbesondere im Gesundheitsbereich (vor allem auch im Bereich der Hilfen für psychisch Kranke und Traumatisierte), aber auch innerhalb der Wohnungsnotfallhilfe (Einstellung von mehrsprachigem Personal mit Zuwanderungsgeschichte, gezielte Fortbildungen, mehrsprachige Informationsangebote, interkulturelle Öffnung des gesamten Angebots)
- Berücksichtigung der Wohnungsnotfallproblematik bei kommunalen Integrationskonzepten
- Humanitäre Lösungen bei statuslosen Zuwanderern, insbesondere auch bei schweren Erkrankungen

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Fragen?
Kommentare?
Kritik?
Anregungen?



Kontakt

Dr. Volker Busch-Geertsema
Gesellschaft für innovative
Sozialforschung und Sozialplanung e.V.
(GISS)

Kohlhökerstraße 22
D-28203 Bremen

Fon: +49-(0)421 – 334708-2

Fax: +49-(0)421 – 3398835

Mail: vbq@giss-ev.de

Internet: www.giss-ev.de